

Paul Kevenhörster

Fukushima ohne Folgen?

Das Dilemma der japanischen Energiewende*

Die Dreifachkatastrophe von Fukushima im März 2011 – Erdbeben, Tsunami und Kernschmelze – hat sich auf die japanische Politik nachhaltig ausgewirkt. Sie zwingt Politiker, Verbände, Medien und Wähler zur Neubesinnung. Dem steht jedoch das »Atomare Dorf«¹ im Wege, das durch die enge Verflechtung zwischen Politik, Verwaltung und Atomindustrie gekennzeichnet ist. Aus der international vergleichenden Policy-Forschung zu den Bedingungen energiepolitischer Entscheidungen lassen sich Hypothesen zur energiepolitischen Regelungskapazität von Regierungssystemen entwickeln, die auch für die Bewertung der Folgen von Fukushima hilfreich sind:²

1. Entscheidender als die Steuerungskapazität der Regierung sind die Ausstattung mit Ressourcen und politische Routinen.
2. Parlamentarische Arrangements bieten in einer erheblichen Bandbreite Chancen politischer Innovation.
3. Die Chancen der Innovation und Koordination hängen von der Durchsetzungskraft der Vetospieler ab.

Japan ist ein hohes Commitment für neue Technologien und Ölreserven, aber auch für die Nutzung der Atomenergie zugeschrieben worden. Proteste gegen die Atomenergie

* Der hier vorgelegte Bericht beruht auf einem Forschungsaufenthalt in Japan im Oktober 2014, der mir durch meine Universität ermöglicht worden ist. Zu Dank verpflichtet bin ich Dr. Anke Kohl vom Auslandsamt der Universität Münster, ferner Prof. Dr. Wilhelm Vosse (International Christian University Tokyo) und Prof. Dr. Koichiro Agata (Waseda Universität Tokyo) für die Vermittlung von Kontakten zu Experten japanischer Energiepolitik. Für wichtige Hinweise zur zukünftigen Rolle der Nuklearenergie bin ich insbesondere Premierminister a.D. Naoto Kan sowie Prof. Dr. Yōtarō Hatamura, dem Vorsitzenden der Untersuchungskommission zur Katastrophe von Fukushima zu Dank verpflichtet. Danken möchte ich ferner Prof. Dr. Axel Klein (Universität Duisburg-Essen) für Hilfe bei der Vorbereitung des Forschungsaufenthaltes in Japan sowie den Bibliothekarinnen des International House Japan für die Unterstützung meiner Materialrecherchen in Tokyo.

- 1 Dies ist nach einer Definition Jeffrey Kingstons »*a village without boundaries or residence cards, an imagines collection bound by solidarity over promoting nuclear energy*« (Jeffrey Kingston, »Japan's Nuclear Village« in: *The Asia-Pacific Journal*, vol. 10, H.37, Nr. 1, 10. September 2012).
- 2 Vgl. Harvey Feigenbaum/Richard Samuels/R. Kent Weaver, »Innovation, Coordination, and Implementation in Energy Policy« in: R. Kent Weaver/Bert A. Rockmann (Hg.), *Do Institutions Matter? Government Capabilities in the United States and Abroad*, Washington D.C. 1993, S. 42–109; Paul Kevenhörster, *Politikwissenschaft. Band 2: Ergebnisse und Wirkungen der Politik*, 2. Aufl. Wiesbaden 2015, S. 215 f.

wurden dabei durch eine Politik des wirtschaftlichen Wachstums aufgefangen. Entsprechend konsequent ist die Implementation der Energiepolitik bei der Konservierung von Energiere Ressourcen und zugleich beim Ausbau der Atomenergie gewesen.

1. Der Abschied von einem Mythos

Die Katastrophe von Fukushima hat den Mythos der Sicherheit japanischer Kraftwerke zerstört und damit eine der über viele Jahrzehnte hinweg tragenden Säulen der japanischen Energiepolitik erschüttert. Das politische Credo dieser Politik hat seine frühere Ausstrahlung verloren: das Vertrauen darauf, das Zusammenwirken von Großunternehmen und Regierung tue auch in diesem Politikfeld dem Lande gut. Die vermeintliche Sicherheit, die durch die engen Verflechtungen zwischen Energieunternehmen und Ministerien personell gestützt und durch die entsprechende Verfilzung von Unternehmen und Parteien auch finanziell untermauert wurde, hat sich als Trugbild erwiesen.³

Worauf konnte sich der alte Sicherheitsmythos stützen? Der Atomkonsensus war lange Jahre stabil und beruhte auf drei Grundorientierungen: der erfolgreichen gesellschaftlichen und industriellen Aneignung der Nukleartechnologie, der konsequenten Beschränkung der Nutzung dieser Technologie auf friedliche Zwecke und der Ablehnung von Kernwaffen (d.h. der Herstellung, des Besitzes und der Lagerung atomarer Waffen sowie der Entkoppelung der friedlichen von der militärischen Nutzung). Die breiteste friedliche Nutzung der Nukleartechnologie – ihre Nutzung als Energiequelle – ist aber gerade durch Fukushima in Misskredit geraten.

Die Dreifachkatastrophe von Fukushima hat das öffentliche Interesse auf die Perspektiven und Bedingungen der japanischen Energiepolitik gelenkt. Die Auswirkungen dieser Katastrophe sind von Beobachtern auch als »tiefe Systemkrise«⁴ bezeichnet worden und haben in der politischen Klasse des Landes widersprüchliche Reaktionen ausgelöst. Zwar erscheint eine Rückkehr zur Normalität des früheren Atomkonsensus nahezu ausgeschlossen, aber andererseits besteht auch die Gefahr, dass die Chance eines Neuanfangs und einer neuen energiepolitischen Kursbestimmung durch widersprüchliche Reaktionen der verantwortlichen Politiker verspielt wird. Dies wird deutlich, wenn man insbesondere die Meinungsäußerungen in der früheren Regierungspartei, der Demokratischen Partei Japans (DPJ), unmittelbar nach der Katastrophe von Fukushima, und die der gegenwärtigen Regierungspartei, der Liberaldemokratischen Partei (LDP), betrachtet. Die Regierungschefs haben nach der Katastrophe von Fukushima jedenfalls keinen fundamentalen energiepolitischen Kurswechsel einleiten können.

Die durch den Ausfluss radioaktiven Wassers des Nuklearreaktors Fukushima 1 gekennzeichnete Krise hat die japanische Politik angesichts der dramatischen Folgen dieses Vorfalles (verseuchtes Wasser, tödliche Strahlung) als geradezu orientierungslos erscheinen lassen. In der Diskussion zwischen den an der Verarbeitung der Katastrophe betei-

3 Vgl. György Széll/Roland Czada (Hg.), *Fukushima und die Folgen*, Frankfurt am Main 2013.

4 So von dem Japanexperten Markus Tidten in seinem Beitrag »System in der Krise« in: *Welt-Trends, Zeitschrift für internationale Politik*, Nr. 80, September/Okttober 2011, S. 29 – 37.

lichten Energiefachleuten und Medienexperten bildeten drei Akteure eine »Troika der Verantwortungslosigkeit«⁵: das Managementversagen des verantwortlichen Energieunternehmens TEPCO, die fehlende Einsicht des Finanzministeriums und die Suche der Energieunternehmen nach einem politischen »Prügelknaben«, der öffentlich für die Katastrophe verantwortlich gemacht werden konnte.

Das politische Klima war in den Monaten nach der Fukushima-Katastrophe durch einen »Katastrophen-Nationalismus« (*shinsai nashonarizumu*) gekennzeichnet, wie insbesondere die Durchhalteparole »*Ganbare Nippon*« (etwa: »Japan, setz dich durch«!), gezeigt hat. Das konservative Spektrum dieser Reaktionen sah in der Verarbeitung der Katastrophe die Chance, die japanische Nation zu verklären.⁶ Beschworen wurden ganz besonders der »Geist der Harmonie« (*wa no seishin*) und der Teamgeist (*kyôchôsei*). Entsprechend wurde die Selbstaufopferung derjenigen Arbeiter in Fukushima gefeiert (der »*Fukushima 50*«), die als Katastrophenhelfer unmittelbar in der Krise auch vor dem Einsatz ihres Lebens, zumindest aber ihrer Gesundheit, nicht zurückschreckten. Der konservative Kritiker Satô Kenji sah nach dem Beben sogar die neue Chance, das ganze Land neu aufzubauen (*atarashii kunizukuri*).

Viele Protagonisten im Protestlager schwanken zwischen den Polen der Technologieexpansion und der Wiederentdeckung der Natur. Hatte sich das konservative Lager lange Zeit als Promotor der Atomkraft verstanden, so spaltet es sich nach Fukushima in eine Pro-Atom- und eine Anti-Atom-Gruppe. Gefordert wurde von letzterer nun ein gemeinsamer Kampf des linken und des rechten Lagers in Fragen der Atompolitik. Es bleibt allerdings abzuwarten, ob sich auf dieser Grundlage ein wirksamer politischer Protest gegen den regierungsamtlichen »Ausstieg vom Ausstieg«, wie ihn die regierenden Liberaldemokraten propagieren, formieren kann. Das Protestlager sieht sich andererseits vor wachsende Legitimationsprobleme gestellt: Der Protest ist zwar einsichtig und durchaus weit verbreitet, wenn man den Ergebnissen von Meinungsumfragen folgt, aber der Beitrag zur Lösung des Problems einer ausreichenden und stabilen Versorgung mit bezahlbarer Energie ist für die Kritiker nicht zu erkennen.

2. Die Kosten der Katastrophe

Die Katastrophe von Fukushima ist Symptom einer kurz-, mittel- und langfristig nicht mehr tragbaren Politik. Die ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Kosten ihrer Bearbeitung sind immens: Die Aufwendungen für den Katastropheneinsatz, die Dekontaminierung, den Rückbau von Atomkraftwerken und weitere Folgemaßnahmen wurden von Experten in einem ersten Schritt im Jahre 2012 auf zunächst umgerechnet bis zu 150 Mrd. Euro und damit auf etwa 3% des japanischen Sozialproduktes geschätzt.

5 Yasuaki Oshika, INSIGHT: »Troika of Irresponsibility behind Fukushima water crisis« in: *Asahi Shimbun*, 25. November 2013; vgl. auch *Asahi Shimbun* vom 3. Dezember 2013: Unprocessed radioactive waste in Tokai could explode if safeties fail.

6 Vgl. Raffael Raddatz, »Momentaufnahmen des Post-Fukushima-Nationalismus – Wie die Atomfrage die japanische Rechte spaltet« in: Gerhardt/Richter (Hg.), *Lesebuch Fukushima. Übersetzungen, Kommentare, Essays*, Bonn 2014, S. 349-368.

In diese Kostenschätzung sind aber zusätzlich entstehende Kosten für den mittel- und langfristigen Übergang zu neuen Energiequellen noch nicht einbezogen worden.

Einstweilen weigert sich die politische Klasse, diese Kosten anzuerkennen und in ihr politisches Kalkül einzubeziehen. Die führende Oppositionspartei – die Demokratische Partei Japans – hat die vom früheren Premierminister *Kan* proklamierte Vision einer AKW-freien Gesellschaft umgehend zurückgewiesen. Die regierende Liberaldemokratische Partei wiederum setzt sich für eine Wiederinbetriebnahme der abgeschalteten Reaktoren ein. Folglich gibt es auf kommunaler und regionaler Ebene zwar immer wieder Protestaktionen gegen die geplante Reaktivierung der Atommeiler, aber keinen breiten Widerstand, der einen fundamentalen Kurswechsel erzwingen könnte. Mit anderen Worten: Der in den Repräsentativumfragen immer wieder ausgewiesene Widerwille gegen eine weitere Nutzung der Kernenergie wird nicht politisch kanalisiert. Dabei ist auch zu bedenken, dass die AKW-Standorte erhebliche staatliche Förderung erhalten, vielfach auf das finanzielle Netzwerk der etablierten AKW-freundlichen Wirtschafts- und Energiepolitik angewiesen sind und folglich seit langem diejenigen Abgeordneten der Parteien stützen, die dieses Netzwerk tragen.

Und wie reagieren die Wähler? Nach den Untersuchungsbefunden der von der Tageszeitung *Asahi Shimbun* veröffentlichten Repräsentativumfragen sieht sich die Bevölkerung mehrheitlich von allen Atomreaktoren bedroht. Doch wegen der politischen Beharrungskraft der traditionellen Stützen der konservativen Energiepolitik konnten sich die lokal und zeitlich begrenzten Protestinitiativen noch nicht zu einem nationalen Netzwerk des Protests zusammenschließen.⁷ Kommunale Initiativen für Volksabstimmungen über die Richtung der künftigen Atompolitik haben zudem eine durchwachsene Reaktion erzielt. Einerseits haben sich diese Initiativen als attraktive Anlaufstellen für die AKW-Gegner erwiesen, andererseits wahren einige Anti-AKW-Gruppen eine kritische Distanz zu den neuen Bürgerinitiativen.

Welche Kosten wird nach neuesten Schätzungen die Beseitigung der Folgen der Dreifachkatastrophe von Fukushima erfordern? Japanische Experten haben diese im Frühjahr 2014 auf umgerechnet bis zu 250 Milliarden Dollar veranschlagt.⁸ Damit liegt diese zweite Schätzung deutlich über der erstgenannten Kalkulation aus dem Jahr nach der Reaktor Katastrophe (2012). Grundlage der veränderten Berechnung sind die schon eingetretenen, tiefgreifenden Veränderungen der Energienutzung und der Energienachfrage. Während die Atomkraft im Katastrophenjahr 2011 noch etwa ein Viertel der Elektrizität geliefert hat und Japan in diesem Jahr weltweit drittgrößter Produzent von Nuklearenergie gewesen ist, hat die Regierung in einer ersten Reaktion alle Atomreaktoren abgeschaltet. Dadurch hat sie das eigene Land noch abhängiger von Kohle-, Gas- und Ölimporten gemacht.

7 Vgl. Axel Klein, »Fukushima und die Hoffnung auf mehr politische Partizipation in Japan« in: *Die politische Meinung*, Nr. 497, April 2011, S. 46-49; ders. »Japans Atomlobby nach 3/11« in: *WeltTrends. Zeitschrift für internationale Politik*, Nr. 80, September/Oktober 2011, S. 59-67.

8 Vgl. The National Bureau of Asian Research, *Three Years after the Triple Disaster, Perspectives on Japan's Future*, Washington D.C., March 11, 2011.

3. Das »Atomare Dorf« als Vetospieler

Behält der Kern des Netzwerks, dessen Einfluss den Erhalt der Atomenergie und der sie stützenden Unternehmen bisher getragen hat, seinen politischen Einfluss? Den personellen Kern des AKW-freundlichen politischen Netzwerks bilden die großen Energieunternehmen, AKW-abhängige Gebietskörperschaften, LDP-Abgeordnete ländlicher Wahlkreise, die zuständigen Ministerien und die Agrarlobby. Zu diesem Netzwerk sind im Laufe der Zeit auch durch soziale Medien mobilisierte Teile der Zivilgesellschaft, kleine und mittlere Unternehmen, landwirtschaftliche Genossenschaften und private Haushalte hinzugestoßen.⁹

Die politischen Chancen der Demokratischen Partei Japans sind mit dem Teil des gesellschaftlichen Spektrums eng verknüpft, der der Atomenergie kritisch gegenübersteht. Die damit verbundenen Chancen hat die Partei aber, wie auch die in der Zwischenzeit erfolgten Wahlen unterstrichen haben, nicht nutzen können. Als ein Erfolg der von ihr angestoßenen Energiewende hat sich aber immerhin die vom damaligen Premierminister *Kan Naoto* durchgesetzte Einspeisevergütung für Solarenergie durch einen »feed-in tariff« erwiesen. Bei einer *Asahi*-Umfrage kurz nach der Katastrophe im Jahre 2011 stimmten 77% der Befragten der Aussage zu, man solle die Zahl der AKWs schrittweise verringern und schließlich ganz auf sie verzichten. Es bleibt abzuwarten, ob die Liberaldemokratische Partei unter ihrem gegenwärtigen Vorsitzenden Premierminister *Abe* zu einer grundsätzlichen Neubewertung der Atomenergie in der Lage ist. Damit eng verbunden ist die Frage, ob das »Atomare Dorf« auch künftig die Geschicke des Landes bestimmen oder ob die Wählerschaft und die öffentliche Meinung nicht doch eine fundamentale Kurskorrektur erzwingen werden.

Im Energiesektor besteht in Japan – wie auch in anderen Sektoren der Wirtschaft – seit langem eine enge institutionelle und personelle Verflechtung zwischen Politik, Verwaltung und Unternehmen.¹⁰ Die Atomaufsichtsbehörde (*Nuclear and Industrial Safety Agency/NISA*) ist dem einflussreichen Wirtschaftsministerium (METI) unterstellt. Die Kommission für nukleare Sicherheit (*Nuclear Safety Commission, NSC*), deren Aufgabe es ist, die Inspektionen der Nuklearanlagen zu überwachen, kann gegenüber METI, NISA und AKW-Betreibern nur Empfehlungen aussprechen, und diese bleiben letztlich wenig verbindlich.

Das »Atomare Dorf« (*genpatsu mura/ genshiryoku mura*) ist zu einem Schlagwort geworden, in dem sich das politische Gewicht der Kernenergie widerspiegelt und das zugleich eine Metapher im Kampf der Anti-Atom-Bewegung darstellt.¹¹ Der Begriff

9 Vgl. Andrew Dewit, »Japan's Energy Policy at a Crossroads: A Renewable Energy Future?« in: *The Asia Pacific Journal*, vol. 10, Issue 38, No. 4, September 17, 2012.

10 Vgl. Kerstin Lukner/Alexandra Sakai, »Blockade durch Misstrauen. Das Fukushima-Krisenmanagement« in: *WeltTrends. Zeitschrift für internationale Politik*, Nr. 80, September/Okttober 2011, S. 49-58; vgl. Paul Kevenhörster/Werner Pascha/Karen Shire, *Japan. Wirtschaft-Gesellschaft-Politik*, 2., aktualisierte Auflage, Wiesbaden 2010; vgl. Paul Kevenhörster, *Wirtschaft und Politik in Japan. Interessengruppen, politische Meinungsbildung und wirtschaftspolitische Entscheidungen*, Wiesbaden 1973, S. 190-192.

11 Vgl. Richard J. Samuels, *3.11. Disaster and Change in Japan*, Ithaka/London 2013, S. 118 f.

weist auf die fehlende Transparenz energiepolitischer Entscheidungsprozesse und die *Kollusion*, also das stillschweigende Einvernehmen zwischen den politischen, administrativen und wirtschaftlichen Führungsgruppen in der Energiepolitik hin. Selbst Ausschüsse des Parlaments sollen nach Aussagen von Abgeordneten bei ihren Recherchen in der Regel nur im Sinne dieser Interessenverflechtung »nachgebesserte« Dokumente des Wirtschaftsministeriums erhalten.

Im Juli 2012 hat der Bericht der *Kurokawa*-Kommission¹² diese Kollusion zwischen dem Regierungsapparat und den beteiligten Unternehmen der Energieindustrie für die Katastrophe von Fukushima verantwortlich gemacht. Das Regelsystem, das dieses Versagen erst ermöglicht habe (*kisei no torika*/»regulatory capture«) sei nichts anderes als ein Ergebnis der lang anhaltenden Einparteienherrschaft gewesen. Notwendig seien daher eine größere Transparenz der Entscheidungsprozesse und der Aufbau eines leistungsfähigen Krisenmanagements.

Probleme der Energiepolitik wurden aufgrund dieser Strukturen in der Vergangenheit von allen Beteiligten nur unzureichend reflektiert, geschweige denn hinterfragt.¹³ Garanten der wirksamen Öffentlichkeitsarbeit der Atomlobby sind die zentralen Lobby-Organisationen des Atomaren Dorfes: die Stiftung *Japan Atomic Energy Relations Organization* (JAERO) und die sie tragende »Stiftung zur Förderung einer Japanischen Atomenergie-Kultur« (*Nihon Genshiryoku Bunka Shinkô Zaidan*), die seit 1969 ein »richtiges Verständnis« der Atomkraft (*tadashii ninshiki*) propagiert.¹⁴ Damit geben gut organisierte Akteure der Atombefürworter im Energiediskurs den Ton an.

Wie verbindlich sind oder wirken nun die von den Atomaufsichtsbehörden wie der Kommission für nukleare Sicherheit (NSC) ausgegebenen Richtlinien zur Nutzung der Atomenergie? Es kann nicht weiter überraschen, dass diese Richtungsbestimmung nur halbherzig erfolgt. Denn ein Drittel der Mitglieder dieser Kommission haben nach einer Untersuchung von *Asahi Shimbun* Gelder von Unternehmen der Atomindustrie erhalten – oder von Organisationen, die die Interessen der Atomindustrie wahrnehmen. Die Mitglieder dieser Kommission, die alle noch am 11. März 2011 im Amt waren, haben nach den Ermittlungen von *Asahi* allein in den fünf Jahren bis 2010 umgerechnet etwa 1,1 Millionen Dollar an Spenden erhalten, und zwar zwei der fünf Geschäftsführer der Kommission und 22 von 84 Mitgliedern insgesamt.¹⁵ Der Kommissionsvorsitzende *Madarame Hiruki* allein hat zu seiner Zeit als Professor an der Universität Tokyo von 2006 bis 2009 insgesamt 4 Millionen Yen von *Mitsubishi Heavy Industries Ltd.* angenommen.

Das für das AKW Fukushima verantwortliche Unternehmen TEPCO hat einerseits Mitarbeiter im Regierungsapparat untergebracht und andererseits die Regierungspartei

12 *Kokkai Tôkyô Denryoku Fukushima Genshiryoku Hatsuden Jiko Chôsa Inikai*, Tokyo 2012; vgl., hierzu auch Richard J. Samuels, aaO. (FN 11), S. 181.

13 Vgl. Christoph Neubauer/Hiroshi Takashi, Kritischer Journalismus in der Krise, in: Lisette Gebhardt/Steffi Richter (Hg.), *Lesebuch Fukushima*, aaO. (FN 5), S. 257–271.

14 Vgl. Cosima Wagner, »Medienstrategien der japanischen Atom-Lobby im Internet – Das Beispiel der Stiftung Japan Atomic Energy Relations Organization (JAERO)« in: Gebhardt/Richter (Hg.), *Lesebuch »Fukushima«*, aaO. (FN 5), S. 277–289.

15 Vgl. *Asahi Shimbun*, 3. 1. 2012.

LDP in Wahlkämpfen finanziell unterstützt. Zugleich hat der Regierungsapparat seine langgedienten Beamten nach dem Leitbild traditioneller ministerieller Personalfürsorge »*Amakudari*« (»Vom Himmel herabsteigen«) auch in den Energieunternehmen platziert: In den vergangenen fünf Jahrzehnten sind 68 leitende Ministerialbeamte Vorstandmitglieder oder Berater der 72 größten Stromversorger Japans geworden. Folgende Abgeordnete haben in den letzten Jahren Spenden von TEPCO erhalten: der frühere Premierminister *Taro Aso*, der frühere Vorsitzende der Demokratischen Partei Japans *Ozawa Ichiro*, der frühere Industrieminister *Edano Yukio*, der Stellvertretende LDP-Vorsitzende *Oshima Tadamori*, der LDP-Generalsekretär *Ishihara Nobutero* und das DSP-Vorstandsmitglied *Sengoku Yoshito*.

Das »Atomare Dorf« hat sich so seit langem auch die Gewerkschaften gewogen gemacht. Nach der Dreifachkatastrophe von Fukushima haben die Gewerkschaften der in der Atomindustrie Beschäftigten alles unternommen um zu verhindern, dass das politische Management »ihrer« Industrie den Todesstoß versetzen würde. Die Gewerkschaften wie insbesondere *Denryoku Soren* (»Vereinigung der Arbeiter der Elektronikindustrie«) als Koalition aus 18 Einzelverbänden wollten die neue, kritische Distanz einer großen Zahl von Abgeordneten zur AKW-Industrie nicht noch größer werden lassen.

Seit langem teilen das Management und die jeweiligen Betriebsgewerkschaften der Unternehmen der Elektroindustrie die Aufgaben des politischen Lobbying für ihre Industrie untereinander auf: Das Management unterhält enge Beziehungen zur Liberaldemokratischen Partei und die Gewerkschaften dieses Industriezweiges ebenso enge Beziehungen zur derzeitigen Opposition, der Demokratischen Partei Japans. So wird auch die Enttäuschung verständlich, die viele Wähler mit der Politik der Parteien verbinden: Scheinbar hatte mit der Regierungsübernahme durch die DPJ ein politischer Kurswechsel stattgefunden, tatsächlich aber blieb es bei der gleichen Fixierung der Regierungspolitik durch die weiterhin mächtigen Netzwerke der Lobbyisten auf die traditionellen Wege der Energiepolitik.

Wegen der engen Einbindung sowohl der Industrie wie auch der Gewerkschaften wird es der japanischen Politik auf kurze Sicht nicht gelingen, den politischen Aktionsspielraum des »Atomaren Dorfes« wesentlich einzuschränken. Die Erklärung des Atomausstiegs durch den früheren Premierminister *Kan* musste unter diesen Bedingungen nahezu wirklichkeitsfremd anmuten. Auch die Regierung *Abe* erliegt der Versuchung, den Kurs der Vergangenheit fortzuschreiben. Diese Versuchung kommt bereits in der Erklärung zum Ausdruck, die der für Umwelt und Energie zuständige Minister *Goshi Hosono* am 6. Januar 2012 abgegeben hat: Die Laufzeit der Atomreaktoren solle auf 40 Jahre begrenzt und Verlängerungen der Betriebserlaubnis nur unter strengen Bedingungen genehmigt werden. Diese Erklärung klingt geradezu so, als ob es die Katastrophe von Fukushima niemals gegeben hätte.

Hauptakteure des »Atomaren Dorfes« sind auch weiterhin TEPCO, die neun anderen regionalen, monopolistischen Energieanbieter, das Ministerium für Wirtschaft, Handel und Industrie (METI), Teile der politischen Klasse und Unternehmen wie Toshiba, Hi-

tachi und Mitsubishi.¹⁶ Sie sind Träger eines politischen Machtkartells, das das Land im Laufe der Jahre von der Atomenergie immer abhängiger gemacht hat und so dem Grundsatz folgte, nach Möglichkeit anfallende Gewinne zu privatisieren und Verluste zu sozialisieren. In der Zeit nach Fukushima geht es den Akteuren des »Atomaren Dorfes« darum, den Steuerzahlern einen möglichst großen Teil der Kosten des Krisenmanagements aufzubürden und grundlegende Reformen der Energiewirtschaft und der politischen Institutionen zu erschweren. Diese Haltung sieht sich aber durch eine große Oppositionsbewegung herausgefordert, die lokale Körperschaften, innovative Unternehmen, Non-Profit-Organisationen und zahlreiche Klein- und Mittelunternehmen umfasst. Die Veto-Macht des »Atomaren Dorfes« sollte aber allein wegen des traditionell großen Einflusses des Unternehmerverbandes *Keidanren* nicht unterschätzt werden: Die hier versammelten Interessen sind kompakt, gut organisiert und gewichtig.

Die vom Parlament einberufene Untersuchungskommission zur Atomkatastrophe von Fukushima hat im Jahre 2012 ihren Bericht vorgelegt, der die Kollusion zwischen der Regierung, der Aufsichtsbehörde und TEPCO sowie deren Management- und Führungsschwächen für die Dreifachkatastrophe und ihre Folgen verantwortlich macht.¹⁷ Das Fachwissen, der Ausbildungsstand und die Inspektionen der Ausstattung seien unzureichend gewesen. Die ursprüngliche Situation nach der Katastrophe konnte sich weiter verschlechtern, weil das Krisenmanagement der Regierungsspitze, des aufsichtführenden Ministeriums und weiterer nachgeordneter Behörden für den Schutz der öffentlichen Sicherheit und der Gesundheit der Bevölkerung unzureichend gewesen seien. Die geltenden Regeln der Energiepolitik seien so zu reformieren, dass diese schließlich internationalen Standards entsprächen.

4. Energiepolitik auf dem Prüfstand: das Dilemma der Energiewende

Die Regierung steht vor der Herausforderung, einen bestmöglichen Energiemix anzustreben: den Anteil der Kernenergie nach und nach zu verringern und die Energiegewinnung aus alternativen Quellen entsprechend auszubauen. Diese Aufgabe ist umso vordringlicher, als das Land kaum über fossile Energien verfügt. Zudem sind die Kosten für die Dekontaminierung des Bodens, der Erdoberfläche und der verstrahlten Waldgebiete noch immer nicht abzusehen. Zugleich stößt die für die Finanzierung dieser Maßnahmen erforderliche Erhöhung der Konsum- und Einkommenssteuer, wie Repräsentativumfragen wiederholt gezeigt haben, auf den entschiedenen Widerstand großer Teile der Wählerschaft.

Fukushima hat die Grenzen der Szenarien japanischer Forscher aufgezeigt: Tsunami-Schäden – so die Kritiker – würden zwar berücksichtigt, der atomare Super-Gau aber

16 Vgl. Andrew DeWit/Iida Tetsunari/Kaneko Masaru, »Fukushima and the Political Economy of Power Policy in Japan« in: Jeff Kingston (ed.), *Natural Disaster and Nuclear Crisis in Japan*, London 2012, S. 156 f.

17 Vgl. The National Diet of Japan, *The official report of The Fukushima Nuclear Accident Independent Investigation Commission (Executive Summary)*, Tokyo 2012; <http://naic.go.jp/en/>; abger. am 23. Oktober 2014.

ausgeblendet und ebenso der Zusammenbruch von Kommunikationswegen. Wird daher der kritische Blick der Bürger auf die Politik durch die Verarbeitung der Katastrophe geschärft? Hier könnte zumindest eine Chance des Beginns einer »neuen politischen Partizipationskultur«¹⁸ liegen. Noch wichtiger aber ist eine Neubestimmung der Optionen der Politik durch die umfassende Wahrnehmung der Risiken in der Energie-, Forschungs-, Wirtschafts- und Haushaltspolitik auf dem Wege zu einer »grünen Gesellschaft«, die ihre Verbindungen zu strategischen Märkten wie dem Chinas weiter ausbaut.¹⁹

Der Philosoph *Mishima Kenichi* weist in diesem Zusammenhang auf einen Faktor hin, der die unterschiedlichen Reaktionen der politischen Klasse in Japan und Deutschland erklären kann: Das Vertrauen in die Großtechnologie sei in Japan traditionell größer als in Deutschland und im europäischen Rahmen am ehesten mit demjenigen in Frankreich vergleichbar. In Deutschland habe die wissenschaftliche Skepsis gegenüber Prozessen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Modernisierung einem uneingeschränkten Vertrauen in die Fortschritte und Vorteile der Großtechnologie entgegengestanden.²⁰

Doch während seit Fukushima eine Mehrheit der Bevölkerung einen Ausstieg aus der Atomenergie befürwortet, hält die Regierung an der Kernkraft fest. Regierungsapparat und Aufsichtsbehörden bleiben der Atomindustrie einstweilen eng verbunden. Der Fatalismus der Bevölkerung beginnt jedoch einer politischen Protesthaltung zu weichen, die von Formen des politischen Protests in Europa und in den Vereinigten Staaten zu lernen scheint – und zwar in ökologischer wie auch in konservativer Variante: Am konservativen Beispiel der *Tea Party* in den USA orientiert sich die *Tokyo Tea Party* und an europäischen Beispielen richten sich die japanischen Grünen aus. Diese sind inzwischen aus dem politischen Schatten herausgetreten, haben wiederholt Mandate in Kommunalwahlen gewonnen und verfügen landesweit über 64 Sitze in kommunalen Vertretungskörperschaften. Dies ist zwar nur eine kleine Zahl, aber die Tendenz ist steigend.

Wie sehen die langfristigen Perspektiven der Energiepolitik derzeit aus? Einige Experten wie *Tetsunari Iida* gehen so weit anzunehmen, dass Japans Energiebedarf langfristig vollständig aus erneuerbaren Energien bestritten werden könne. Dies ist auch die Vision einer Energiepolitik, wie sie das im Jahre 2000 gegründete *Institute for Sustainable Energy Policies* vertritt.²¹ Dabei geht es um einen grundsätzlichen Neubeginn der Politik, nicht nur um neue Windkraftanlagen oder zusätzliche Solarzellen. Es sei vordringlich – so die Empfehlungen des Instituts –, die Energieversorgung des Landes von der Strategie der Energieunternehmen unabhängig zu machen. An die Stelle der gegenwärtig vorherrschenden monopolistischen Strukturen müsse ein stärker differenziertes System des Angebots und der Nachfrage nach Energie treten. Eine Gruppe kommunaler Amtsträger

18 Vgl. Axel Klein, Fukushima und die Hoffnung auf mehr politische Partizipation in Japan, aaO. (FN 7), S. 46–49.

19 Vgl. Funabashi Yōichi, »Rebuilding Japan. March 11 – Japan's Zero Hour« in: *Time*, July 4, 2011, S. 34–38.

20 Vgl. Kenichi Mishima, »Des Pudels Kern« in: *DIE ZEIT*, Nr. 19, 5. Mai 2011, S. 54.

21 Vgl. Brendon Barrett, »Tetsunari Iida on the Renewable Future of Japan« in: *Our World. Brought to you by United Nations University*, 2011-05-09.

wie etwa in Yokohama und anderen Gemeinden des »Green Local Government Portal« trägt diese energiepolitische Konzeption mit.

Das vom Kabinett im April 2014 verabschiedete Energiepolitische Grundsatzprogramm (*energi kibon keikaku*) erwähnt zwar mit Nachdruck die Notwendigkeit einer besseren Kommunikation zwischen politischen Entscheidern, Verwaltung und Öffentlichkeit, macht aber keine Angaben zum langfristig gewünschten Anteil der verschiedenen Energieträger Atomenergie, Gas, Erdöl und Sonnenenergie. Im Jahre 2013 machte die Sonnenenergie 1,6 % des gesamten Energieangebots aus, Erdöl 18,3%, Naturgas 42,5%, Kohle 27,6%, Wasserkraft 8,4% und Nuklearenergie 1,7% – nach 28,6% im Jahre 2010.²² Aber genauere Angaben zur Nutzung dieser Energiequellen in der Zukunft sind nicht zu finden. Lediglich der frühere Premierminister Kan bleibt ein konsequenter Vertreter des Ausstiegs seines Landes aus der Atomkraft und der Förderung erneuerbarer Energien. Er verweist auf den deutschen BUND, befürwortet einen grundsätzlichen Umbau der Energienachfrage und breite Förderung der Sonnenenergie (»*mega-sôrabatsuden*«).²³ Gegen die Wiederezulassung des Reaktors in Kagoshima/Kawaguchi hat er grundsätzlichen Widerstand angemeldet.

Eine Studie des *Institute of Energy Economics Japan* hat festgestellt, dass sich Japan in einer größeren Umstellungsphase für einen neuen Energiemix befindet. In den kommenden Jahren werde der Anteil der Atomenergie stark zurückgehen, während der Gasverbrauch entsprechend ansteigen werde.²⁴ Japan müsse seine Sicherheitsstrategie und seine Abhängigkeit von Energieressourcen des Nahen Ostens überdenken. Der Verbesserung der Energiesicherheit könne eine engere energiepolitische Zusammenarbeit mit asiatisch-pazifischen Partnerstaaten wie China, Südkorea und Russland zugutekommen. Die amerikanisch-japanische Zusammenarbeit werde auch weiterhin die Freiheit der Seeschifffahrt in dieser Region und damit der Energieeinfuhr gewährleisten.

Auf der Grundlage des Zwischenberichts des Untersuchungsausschusses zur Dreifachkatastrophe von Fukushima hat deren Vorsitzender *Yôtarô Hatamura* eine erste Bilanz gezogen. Im Hinblick auf die Lernfähigkeit der staatlichen Energiepolitik hat er seine Einsichten aus der Arbeit der Kommission zu folgender Zwischenbilanz zusammengefasst:²⁵

- 22 Vgl. Keizai sangyosho shigen energî chô (METI, Abteilung für Energie und Rohstoffe), *Energi kibon keikaku* (Energiepolitisches Grundsatzprogramm), Tokyo, April 2014, S. 137 ff., S. 142.
- 23 Vgl. Kan Naoto, Official Website: *Genpatsu zero to Heiwa na mirai* « no jitsugen o mezashite » (»Die Abschaffung der Atomenergie und die Zukunft des Friedens verwirklichen als Perspektive«), <http://n-kan-jp/>, abger. am 23. 10. 2014; ferner: Interview des Verfassers und von Prof. Wilhelm Vosse mit Kan Naoto im Abgeordnetenhaus am 24. Oktober 2014.
- 24 Vgl. Tsutomu Toichi, »Japan's Response to Its New Energy Security Challenges«, <http://www.nbr.org/publications/element.aspx?id=771> (NBR – The National Bureau of Asian Research, Washington D.C., September 2014, abger. am 1. 10. 2014).
- 25 Vgl. Yotaro Hatamura: »Was Fukushima an Accident Waiting to Happen?« in: *Frontline, February 2012*; <http://www.pbs.org/wgbh/pages/frontline/health-science-technology> (abger. am 1.10.2014).

- Die politische Antwort auf die Katastrophe war unzureichend. Seit vielen Jahren wurden die Risiken der Atomkraftwerke aufgrund der Tsunami-Gefahren unterschätzt.
- Die Katastrophe wurde durch strukturelle Elemente und Kontextfaktoren ausgelöst, zumindest aber begünstigt.
- TEPCO hat die Gefahr eines totalen Stromausfalls in seiner Krisenvorsorge nicht erkannt und daher auch kein Manual für den Notfall eines totalen Blackouts vorgelegt.
- Immerhin hat TEPCO in seinen AKWs ein System des Feuerschutzes etabliert, das auch als Kühlverfahren in Notfällen geeignet erschien. Als Ergebnis dieser Vorsorge konnten die Reaktoren tatsächlich abgekühlt werden. Anderenfalls hätte die Katastrophe von Fukushima die von Tschernobyl noch bei weitem übertroffen.
- Die *Nuclear and Safety Agency* (NISA) hat zwar ein Kontrollsystem entwickelt, das regelmäßige Inspektionen der maschinellen Ausstattung von AKWs vorsieht. Aber die Behörde hat die Verantwortlichen nicht einmal gefragt, was sie im Falle eines Tsunami tun würden.
- Damit stellt sich die Dreifachkatastrophe dem Ausschussvorsitzenden als ein durchaus zu erwartender Unfall, eine »Katastrophe im Wartestand«²⁶ dar. Technisch kann sie auch als die Kombination einer Kernschmelze der Reaktoren und einer Wasserstoffexplosion angesehen werden.
- Die direkte Intervention des damaligen Premierministers *Kan* war nichts anderes als eine Folge mangelnder Information durch das verantwortliche Unternehmen und stellte die für die Verantwortung der Regierung notwendige Kommunikationsstruktur wieder her. Bei Beachtung aller Vorsichts- und Schutzregeln hätte sich die Katastrophe vermeiden lassen.

Der Vorsitzende der Kommission weist ferner darauf hin, dass die Stilllegung der Reaktoren von Fukushima mehrere Jahrzehnte in Anspruch nehmen werde und dass die atomare Strahlung Schäden verursachen werde, die sich erst nach sehr langer Zeit nachweisen ließen.²⁷ Schadensermittlung und Schadensregulierung würden die Regierung daher noch in größerem Umfang beschäftigen.

Hatamura kritisiert den begrenzten Wahrnehmungshorizont der Energiepolitiker mit den Worten: »You cannot see things you do not wish to see!«²⁸. Die künftige Katastrophenvorsorge müsse aber Risiken größtmöglichen Umfangs antizipieren und nach dem Grundsatz von *worst-case scenarios* Vorkehrungen treffen. Für die Verantwortlichen der Energiepolitik komme es darauf an, diese Risiken anzuerkennen und eine Kultur zu schaffen, die eine Debatte über direkte Risiken ermögliche. Die Untersuchungskommission hat darüber hinaus mehrere Grundsätze proklamiert, die die politische Unabhängigkeit und Transparenz der Regulierungsbehörden für nukleare Sicherheit durch

²⁶ Ders. ebd., S. 6.

²⁷ Vgl. Hatamura Yotaro, »Chairperson`s Remarks« in: *Investigation Committee on the Accident at the Fukushima Nuclear Power Stations of TEPCO*, Executive Summary (Main text), July 23, 2012, S. 522-529.

²⁸ Ders., ebd., S. 524; Interview des Verfassers mit Hatamura Yôtarô am 27. 10. 2014.

ausreichende Kompetenzen sowie entsprechende finanzielle und personelle Ressourcen sicherstellen sollen.²⁹ Die zuständigen Behörden sollten nicht nur die Bevölkerung vollständig über bestehende Risiken informieren, sondern auch ein Schutzprogramm für den Krisenfall vorbereiten. Daraus ergäben sich Herausforderungen für eine langfristige Personalpolitik wie auch für eine Politik der Spezialisierung und Weiterbildung im Bereich der Krisenvorsorge und des Krisenmanagements.³⁰

Worin bestehen nun die Chancen der erneuerbaren Energien, deren Bedeutung für die langfristige Energieversorgung Japans durch Fukushima in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gerückt ist?³¹

- Die Chancen der *Sonnenenergie* werden von den Experten sowohl in klimatischer als auch in technischer Hinsicht positiv beurteilt. Auch wenn die technologischen Voraussetzungen günstig erscheinen, sind die räumlichen Bedingungen aber oft für einen breiten Einsatz unzureichend.
- Die Nutzung der *Windenergie* wird in Gegenden wie Hokkaido und Kyushu günstig eingeschätzt. Die Offshore-Nutzung stößt jedoch auf zwei größere Hindernisse: die Rechte der Fischereiindustrie und die geologische Beschaffenheit des Meeresbodens.
- Günstiger erscheinen die Bedingungen für die Nutzung der *Geothermie*. Die Ressourcen der Erdwärme sind die drittgrößten weltweit. Aber enggefasste staatliche Vorschriften haben die Nutzung bisher begrenzt. Die Deregulierung dieses Netzes könnte neue Chancen eröffnen – auch gegen den Widerstand der Eigentümer »heißer Quellen«.
- Für die stärkere Nutzung der *Meeresenergie* sind bereits wichtige Voraussetzungen geschaffen worden. Die *New Energy and Industrial Technology Development Organisation* (NEDO) will unter der Aufsicht von METI nach einem europäischen Vorbild (EMEC) ein *Japan Marine Energy Center* aufbauen. So soll der wirtschaftliche Kreislauf zwischen Laboratorien und unternehmerischen Anwendern kurzgeschlossen werden.
- Die Ressource der Wasserkraft-Energie (Hydroelektrik) bestreitet bereits 9% des gesamten Energieaufkommens. Etwa zwei Drittel der Möglichkeiten der Nutzung der Wasserkraft werden in dem gebirgigen Land, das reich an Wasserfällen ist, schon jetzt genutzt.

Es scheint, dass die Energiewende die Steuerungskapazität der Politik überfordert.³² Die offensive Förderung erneuerbarer Energien stößt an ihre Grenzen: Strom aus erneuerbaren Energien wird nicht zuverlässig genug geliefert und ist zudem nicht leicht zu speichern. Anträge auf Einspeisung von Strom aus Solaranlagen werden inzwischen von den

29 Vgl. Investigation Committee, aaO., S. 39.

30 Vgl. ebd., S. 40; zum vollständigen Bericht: <http://www.cas.go.jp/seisaku/icanps/eng/>, abger. am 27. 10. 2014.

31 Vgl. Dominic Al-Badri/Gijs Berends (Hg.), *After the Great East Japan Earthquake. Political and Party Change in Post Fukushima Japan*, Oxford 2013, S. 86 ff.

32 Vgl. Yuri Kageyama, »Warum die Energiewende Japan überfordert«, <http://www.tagesanzeiger.ch/wirtschaft/unternehmen-und-konjunktur/Warum-die-Energiewende-Japan-ueberfordert/story/14278621> (abger. am 28.3.2015).

Stromversorgern abgelehnt. Diese verbünden sich mit der Regierung und zeigen ein starkes Interesse daran, die abgeschalteten Reaktoren wieder hochzufahren. Gerade diejenigen, die Fehler der deutschen Energiewende kritisieren, verlangen von der Regierung einen umfassenden Plan für die Förderung von Energien und eine Reform des Strompreissystems. In der Tat fehlt für die Verwirklichung der Energiewende in Japan ein kurz- und mittelfristiger Aktionsplan, der die volkswirtschaftlichen Kosten benennt und die Wende für die Verbraucher tragbar macht.³³

Bemerkenswert sind in diesem Zusammenhang die energiepolitischen Folgerungen, die der frühere Vorsitzende der Regierungskommission zur Untersuchung der Fukushima-Katastrophe inzwischen aus deren politischer und gesellschaftlicher Verarbeitung gezogen hat:³⁴

- das Fehlen einer Krisenvorsorge und Katastrophenplanung bei schweren, extern verursachten Katastrophen;
- unzureichende Akzeptanz und Verarbeitung der Krisenerfahrungen von *Three Miles Island* und *Tschernobyl*;
- Ausblendung und fehlende Verarbeitung von Sicherheitsrisiken und Förderung des »Sicherheits-Mythos« zur Beruhigung der Bevölkerung;
- fehlende individuelle Schulung der verantwortlichen Mitarbeiter und fehlende Vermittlung von Verhaltensstandards im Katastrophenfall;
- das Versäumnis, eine Kultur der Wahrnehmung und Verarbeitung von Risiken aufzubauen.

Von Experten des *Institute of Energy Economics Japan* werden der starke Anstieg der Nachfrage nach Naturgas als Ersatz für Nuklearenergie, die Notwendigkeit der Sicherung eines entsprechenden Gesamtangebots und die größere Kostenbelastung der Unternehmen durch die höheren Kosten der Energieversorgung als schwerwiegende Probleme der japanischen Wirtschaft angesehen.³⁵ Der Neustart der Atomreaktoren sei daher die »praktischste unmittelbare Maßnahme«³⁶ zur Sicherung der Energieversorgung. Vorausgehen müssten allerdings die Sicherheitsprüfung durch die Nukleare Regulierungsbehörde (NRA) und die Zustimmung der kommunalen Gebietskörperschaften.

Bezieht man das Dilemma der japanischen Energiewende auf mögliche Ursachen des *Politikversagens*, wie sie von international vergleichenden Studien ermittelt worden sind³⁷, so fallen vor allem eine unzureichende Politikformulierung und eine Diskrepanz zwischen den wiederholt deklarierten politischen Zielvorstellungen der politischen Führung und ihren tatsächlichen Intentionen (»verborgene Absichten«, »hidden agenda«)

33 Vgl. Klaus-Dieter Maubach, *Energiewende. Wege zu einer bezahlbaren Energieversorgung*, Berlin 2013.

34 Vgl. Yōtarō Hatamura, Hatamura Advanced Institute of Technology, Professor Emeritus of Engineering, The University of Tokyo, Tokyo, 27. Oktober 2014; Interview des Verfassers.

35 Vgl. Kutani Ichiro, »Changing Japan's Energy Security – Opportunities and Risks«, Tokyo 2014, *The Institute of Energy Economics, Japan* (<http://enen.iej.or.jp/en>), S. 3.

36 Ders. ebd. S. 4 f.

37 Vgl. Robert F. Drake, *The Principles of Social Policy*, Basingstoke (N.H.)/New York 2001, S. 138 ff.

ins Auge. Nicht Organisations- und Umsetzungsprobleme sind hierfür ausschlaggebend, sondern der anhaltende Einfluss des »Atomaren Dorfes« als des zentralen Veto-Spielers.

5. Chaos mit System

Der Probleme einer sicheren Energieversorgung und einer effizienten Energienutzung sind sich die politischen Entscheider offensichtlich seit langem bewusst. Einen ersten energiepolitischen Plan hat die japanische Regierung bereits im Jahre 2010 – also kurz vor Fukushima – veröffentlicht. Nach den Eckwerten dieses Planes könne Japan seine Selbstversorgung mit Energie zu 40% erreichen und mehr als die Hälfte seines bisherigen Energieimportes bis zum Jahre 2030 sichern.³⁸ Bis zu diesem Zeitpunkt könne der Bedarf an Primärenergie unter günstigen Voraussetzungen eines ausreichenden wirtschaftlichen Wachstums durch zusätzliche Maßnahmen der Energiekonservierung um 20% reduziert werden. Allein die Nachfrage nach Elektrizität könne in dieser Zeitspanne um 30% zurückgeführt werden. Allerdings erfolgte diese Planung unter dem Vorbehalt eines Anteils der Nuklearenergie von etwa 50% – eine Voraussetzung, die nach Fukushima nicht mehr zu gewährleisten ist.

Die Energiehersteller stehen nach Fukushima vielmehr vor der Herausforderung, die erneuerbaren Energien weiterzuentwickeln, in ausreichendem Umfang anzubieten und zu nutzen. Von den sechs großen Elektrizitätsherstellern bekennen sich drei zur Förderung der Solarenergie, und zwar die Anbieter in Hokkaido, Tohoku und Kyushu jeweils bis zu 50%.³⁹ So ergibt sich immerhin ein beachtliches Entwicklungspotential insbesondere für Solar- und Windenergie. Dieses Potential kommt der angestrebten Energiewende entgegen.

Doch zeigt sich die Energiepolitik der Regierung *Abe* einstweilen mehr organisierten Interessen verpflichtet. Seit dem Jahre 2000 hat das »Atomare Dorf« die Richtung der Energiepolitik bestimmt – mit dem Ziel eines ehrgeizigen Ausbaus der Nuklearenergie, der Eigenversorgung des Landes mit Energie und des Abbaus von CO₂-Emissionen.⁴⁰ Doch schon im August 2012 hat der ehemalige Premierminister *Koizumi* nach Gesprächen mit Energieunternehmen und Energiepolitikern in Finnland einen politischen Kurswechsel seiner Partei – der Demokratischen Partei Japans – zu Lasten der Kernenergie eingeleitet. Von deren Abbau hänge eine wirklich nachhaltige Wirtschaft auf Dauer ab. Mit diesem Argument hat *Koizumi* die *Abe*-Regierung zunächst stark unter Druck gesetzt. Doch hat das »Atomare Dorf« weiterhin erfolgreich darauf gedrängt, Atomkraftwerke nach neuen, strengen Prüfungen wieder ans Netz anzuschließen.

38 Vgl. Masakazu Toyoda, *Energy Policy in Japan – Challenges after Fukushima*, The Institute of Energy Economics, Japan, Tokyo January 24, 2013.

39 Vgl. »Tairyōkō no toriikere kanōryo« (Potential für die Akzeptanz der Solarenergie) in: *Asahi Shimbun*, 17. 12. 2014, S. 5.

40 Vgl. Andrew Dewit, »C an Abenomics Cope with Environmental Disaster?« in: *The Asia-Pacific Journal*, vol. 11, Issue 43, No. 1, October 28, 2013.

Das aktuelle Bild der Energiepolitik bleibt daher widersprüchlich:⁴¹ Einerseits scheint sich Japan »auf dem Weg zurück zur Kernkraft« (Germis) zu befinden, nachdem die Atomaufsichtsbehörde NRA im Juli 2014 zwei abgeschaltete Reaktoren in Sendai (Kyūshū) für sicher erklärt hat. Andererseits können sich die Aufräumarbeiten an den havarierten Reaktoren in Fukushima noch mehrere Jahrzehnte hinziehen. Zudem ist der Versuch von TEPCO gescheitert, den Zufluss von hoch radioaktiv belastetem Wasser in die Verbindungstunnel zwischen den Reaktoren zu stoppen. Die Arbeiten an einem Eiswall aus gefrorenem Boden um die Reaktoren 1 bis 4 kommen indessen nur stockend voran.⁴² Dem zentralen Krisenmanagement stehen große Teile der Bevölkerung und der Gebietskörperschaften skeptisch gegenüber.

Nach einer Untersuchung von *Asahi Shimbun* im Herbst 2014 will nahezu die Hälfte (45%) aller Bürgermeister und Gouverneure von Gebietskörperschaften innerhalb eines Radius von 30 Kilometern um ein Atomkraftwerk an der Entscheidung über eine Reaktivierung der Atomanlagen beteiligt werden – sie verlangen eine Zustimmung nicht nur der jeweiligen Gemeinde, sondern auch der von der Entscheidung betroffenen Präfektur und der betroffenen Städte in diesem Umkreis.⁴³ 90% der 2109 Stellungnahmen gegenüber dem Wirtschaftsministerium haben sich gegen die weitere Nutzung der Kernenergie ausgesprochen.⁴⁴ Andererseits stimmen immer wieder Gemeinden zumindest der Zwischenlagerung von Atommüll zu. Die Regierung versucht, die Gemeinden für eine Wiederinbetriebnahme von Atomkraftwerken durch erhebliche Subventionen zu ködern.⁴⁵

Die politische Führung zeigt indessen keine klaren Wegmarkierungen auf und lässt es lieber zu, dass strategische Grundsatzfragen der Energiepolitik in Ausschüssen und Besprechungszimmern zerredet werden. Der energiepolitische Grundsatzplan von 2010 hat zudem mit der Katastrophe von Fukushima seine ursprüngliche politische Bindungswirkung verloren, und das neue Programm von 2014 ist in vielen Teilen noch zu vage. Zwar besitzt Japan im Kampf um eine »Grüne Revolution« gute Karten. Aber eine unentschlossene, nach allen Seiten lavierende politische Führung und die Opposition der im »Atomaren Dorf« organisierten Interessen erschweren einen grundlegenden politischen Kurswechsel. Zudem schwinden die Warnungen der Katastrophe von Fukushima

41 Vgl. hierzu die Berichte von Carsten Germis in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 17. Juli 2014, S. 15 (»Japan auf dem Weg zurück zur Kernkraft«); 21. Juli 2014, S. 20 (»Der Eiswall ist Tepcos neue Hoffnung«) und 26. August 2014, S. 18 (»Tepco verliert die Kontrolle«).

42 Vgl. ders., »Verstrahltes Wasser belastet Tepco« in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 9. Februar 2015, S. 19.

43 Vgl. *Asahi Shimbun*, November 04, 2014; *Survey: Nearly half of local government leaders want a say in restarting nuclear reactors*.

44 Vgl. Atsushi Komori, »Energy plan overlooked flat-out opposition to nuclear power, analysis shows« in: *Asahi Shimbun*, November 12, 2014.

45 Vgl. Saikado-go kōfukin ni 15 oku-en seifu yosankan (genpatsu) (Haushaltentwurf der Regierung zur Kernenergie: 1,5 Mrd. Yen öffentlicher Mittel für Fördergelder zur Wiederinbetriebnahme), in: *Asahi Shimbun*, 14. Januar 2015.

im öffentlichen Bewusstsein, wie *Asahi Shimbun* in einer Kolumne feststellt.⁴⁶ So kann der notwendige Übergang von der Kernenergie zu erneuerbaren Energien abgeschwächt, wenn nicht behindert werden, und auf Dauer die internationale Wettbewerbsfähigkeit der japanischen Wirtschaft gefährden.⁴⁷

Ein fundamentaler Kurswechsel der Energiepolitik ist einstweilen nicht zu erwarten. Dafür sorgt schon das bleibende politische Eigengewicht des »Atomaren Dorfs«. Dieser eng verflochtenen und verschworenen Gemeinde gehören zurzeit nicht nur Energieunternehmen und die Verwaltung, insbesondere das Ministerium für Wirtschaft, Handel und Industrie (METI), sondern auch der Verband der Stromversorger (*Federation of Electric Power Companies of Japan*) an.⁴⁸ Die überragende Bedeutung der Kernkraft wird weder von der regierenden LDP noch von der oppositionellen DPJ in Frage gestellt. So verlief die Einigung auf einen am deutschen Vorbild orientierten Einspeiseplan für erneuerbare Energien über alle Parteigrenzen hinweg wenig kontrovers – wenn auch befördert durch das Rücktrittsangebot des damaligen Premierministers *Kan*. Der Energieleitplan der Regierung vom 11. April 2014 geht ebenso pragmatisch von der Annahme aus, Japans Energiebedarf werde am besten durch einen *Energiemix* aus Kernkraft, erneuerbaren und fossilen Energieträgern gedeckt. Das Gewicht der einzelnen Energiequellen aber wird nicht festgelegt. Um die Wiederinbetriebnahme der Atomreaktoren zu beschleunigen, hat die Regierung *Abe* im Januar 2015 1,5 Milliarden Yen zur Verfügung gestellt.⁴⁹ Andererseits soll die Abhängigkeit der Energieversorgung von der Kernkraft aber »so weit wie möglich« verringert und der Anteil der erneuerbaren Energien entsprechend ausgebaut werden. Aus der Sicht der von der LDP propagierten »realistischen« Energiepolitik erscheinen Kernkraft wie auch Kohle als »Grundlastenergie«.

Dieser Perspektive stehen allerdings einige Barrieren entgegen, die zugleich Hypothesen früherer politischer Entscheidungen und Unterlassungen sind: Eine Endlagerstätte für den Atommüll gibt es noch nicht; die hochradioaktiven Abfälle werden bis auf weiteres in *Rokkasho* in der nordjapanischen Provinz *Aomori* zwischengelagert. Die japanische Regierung sieht auch weiterhin im Export von Kernkrafttechnik eine große Chance für ihre Außenwirtschaftspolitik. Doch die Leistungsfähigkeit dieser Technik wird sie ohne eine eigene Nuklearindustrie kaum vermitteln können. Verschärfte Sicherheitsstandards der 2012 gegründeten *Nuclear Regulation Authority* gelten für alle

46 Vgl. »VOX POPULI: Lessons of Fukushima fading fast in national consciousness« in: *Asahi Shimbun*, February 09, 2015 (<http://ajw.asahi.com/article/views/vox/AJ201502090030>), abger. am 9.2.2015.

47 Vgl. DeWit/Tetsunari/Masaru, aaO. (FN 16), S. 169.

48 Vgl. Detlef Rahn, »Energiepolitik Japans. Abschied von der Kernkraft?« in Raimund Wördemann/Karin Yamaguchi (Hg.), *Länderbericht Japan. Die Erarbeitung der Zukunft*, Bonn 2014, hier insbesondere S. 299 und 304 ff.

49 Vgl. *Asahi Shimbun*, 15. 1. 2015: »New subsidy system designed to expedite restarts of nuclear reactors« (www.asahi.com/English/articles/AJ201501170078.html), abger. am 15.1.2015.

Kraftwerke.⁵⁰ Die Wiederinbetriebnahme von AKWs, die auf seismisch aktiven Erdbebenfalten errichtet worden sind, ist daher so gut wie ausgeschlossen, zumal die Bevölkerung und die betroffenen Gebietskörperschaften der Atomkraft prinzipiell ablehnend gegenüberstehen. Zudem liefern die erneuerbaren Energieträger (Photovoltaik, Windkraft, Erdwärme, Wasserkraftwerke und Biomasse) derzeit nur 3,79 % der gesamten Stromerzeugung.⁵¹

Bei der Nutzung der Sonnenenergie hat Japan die Bundesrepublik Deutschland inzwischen überholt. Die Solarenergie ist die wichtigste unter den Quellen erneuerbarer Energie, auch wenn sie quantitativ noch eine geringe Rolle spielt. Nach Ansicht von Experten ist mit Rücksicht auf Ziele des Umweltschutzes sowie die Interessen der Fischer und der Schifffahrt immerhin ein Drittel des Strombedarfs aus Windkraft zu decken.⁵² Zudem sind die Erdwärme-Bohrungen für große Industrieunternehmen wieder interessant. Kurz: Durch eine weitaus stärkere Förderung und Nutzung der Solar- und Windenergie sowie der geothermischen Energie könnte Japan einen Großteil seines Energiebedarfs decken und eine Energiewende mit langfristiger Perspektive vorantreiben.⁵³

6. Fazit

Eine fundamentale Wende der Energiepolitik wird die japanische Regierung in den kommenden Jahren nicht vollziehen. Einige Kernkraftwerke werden mit kürzeren Laufzeiten unter strengeren Sicherheitsvorkehrungen wieder hochgefahren werden. Die erneuerbaren Energien aber erhalten weiter stärkeres Gewicht. Energiesparen, der Import von Schiefergas aus Nordamerika und Reformen des Stromsektors sind weitere Bausteine einer realistischen Perspektive künftiger Energiepolitik. In der Diskussion unter japanischen Experten setzt sich indessen der an der weiteren Nutzung der Atomenergie orientierte Diskurs fort.⁵⁴ So spricht sich der frühere Beamte des METI *Sawa Akihiro* für die weitere Nutzung der Atomenergie aus, weil auf diesem Wege die Emissionen von Treibhausgas – den Zielen von 2009 entsprechend – am ehesten unter 25% gesenkt werden könnten und die Sicherheit der Energieversorgung im dicht besiedelten Japan am

50 Am 27. Februar 2015 hat die Aufsichtsbehörde NRA TEPCO dafür gerügt, noch keinen Bericht zur Emission radioaktiven Wassers von Fukushima 1 in das Meerwasser vorgelegt zu haben. Vgl. »Nuclear watchdog takes TEPCO to task for delay in leakage report« in: *Asahi Shimbun*, February 28, 2015 ([ajw.asahi.com/article/0311 disaster/fukushima/AJ201502280036](http://ajw.asahi.com/article/0311%20disaster/fukushima/AJ201502280036)), abger. am 28.2.2015.

51 Vgl. Detlef Rehn, *Energiepolitik Japans*, aaO. (FN 48), S. 308.

52 Vgl. Jürgen Hanefeld, »Wie Japans Alternativen zur Kernkraft aussehen« (<http://www.deutschländradiokultur.de/energiewende-in-japan-jenseits...>), Beitrag vom 10.3.2014, abger. am 28.3.2015.

53 Vgl. Helen Bieleg, »Energiewende im internationalen Vergleich«, 18. Februar 2015 (<http://www.energieheld.de/blog/energiewende-im-internationalen-ve..>), abger. am 28.3.2015.

54 Vgl. hierzu Paul J. Scalize, »Policy Images, Issue Frames, and Technical Realities: Contrasting Views of Japan's Energy Policy Development« in: *Social Science Japan Journal*, vol. 16, No. 2, May 2013, S. 301–308.

ehesten zu gewährleisten sei.⁵⁵ Mit dieser Perspektive stimmen allerdings andere japanische Experten nicht überein. Sie plädieren für den stärkeren Ausbau alternativer Energien und verweisen dabei auf europäische Beispiele, die möglichen Kostenreduktionen durch diese Technologien und auf die Chancen dezentraler, flexibler Energiemärkte. Insgesamt legen sie ihrem Land eine europäische Förderstrategie zugunsten erneuerbarer Energien nahe.⁵⁶

Nach der Kritik an der bisherigen Energiepolitik haben gesetzliche Regeln und institutionelle Normen die Nutzung erneuerbarer Energie bisher auf nur 1% der gesamten Energieversorgung eingegrenzt. Unter den gegebenen Bedingungen bleibt die Energieherstellung somit in einer Hand: in einem vertikal integrierten System, das den Markteintritt neuer Wettbewerber erschwert, wenn nicht verhindert. Aus diesem Dilemma führt nur ein Ausweg heraus: eine Politik der *Deregulierung*, die auf eine Entflechtung und Entkoppelung der Energieunternehmen zielt (*bassôden bunri*).⁵⁷

Die politischen Rahmenbedingungen einer langfristig tragfähigen, nachhaltigen Energiepolitik haben sich seit dem 11. März 2011 grundlegend gewandelt.⁵⁸ Die Repräsentativumfragen von *Asahi Shimbun* weisen eine immer schwächer werdende öffentliche Unterstützung der Kernenergie aus. Eine andere Frage ist jedoch, wieweit dieser Einstellungswandel politisch umgesetzt wird. Die mächtigen neun Stromanbieter sind zugleich die vormals unumstrittenen Anbieter der Atomenergie, die ihre gemeinsamen Interessen durch die *Japanische Föderation der Elektrownahmen* (FEPC, *Denki jigyo rengokai*) wahrnehmen. Sie verfügen so über eine starke Stellung gegenüber dem Regierungsapparat. Dabei ist allerdings einschränkend anzumerken, dass das Prinzip des *amakudari* (»Vom Himmel herabsteigen«) zunehmend außer Kraft gesetzt wird: Ruhestandsbeamte der aufsichtführenden Ministerien können nicht mehr nach Wunsch Anstellung in einem der von ihnen vormals kontrollierten Unternehmen finden. Eine Entflechtung des gesamten Sektors und eine Deregulierung staatlicher Vorgaben zugunsten eines stark vermachteten und »vertikal integrierten« Systems sind daher vordringlich.⁵⁹

Japanische Kritiker der bestehenden Machtstruktur sehen in den politischen Folgen der Katastrophe von Fukushima eine nur einmal in einem Jahrhundert auftretende Chance eines grundsätzlichen Wandels.⁶⁰ Doch scheint das »Atomare Dorf« sich wieder zu behaupten, nachdem der vom Parlament eingesetzte Untersuchungsausschuss bemängelt hatte, dass die Verteilung der Zuständigkeiten zwischen TEPCO und dem Wirtschafts-

55 Vgl. Akihiro Sawa, *Seishinron nuki no denryoku nyûmon* (Einführung in Elektroenergie ohne Emotionen), Tokyo Shinchosa 2012.

56 Vgl. Kazuhiro Ueta/Hisashi Kajiyama, *Kokumin no tame no enerugi genron* (Grundsätze der Energie für das Japanische Volk), Tokyo, Nihon Keizai Shimbun, Shuppansha 2011.

57 Vgl. Paul J. Scalize, aaO. (FN 54), S. 308.

58 Vgl. ders. »Hard Choices. Japan's post-Fukushima energy policy in the twenty first century« in: Jeff Kingston (ed.), *Natural Disaster and Nuclear Crisis in Japan. Response and recovery after Japan's 3/11*, New York 2012, S. 148 ff.

59 Vgl. Paul J. Scalize, *Hard choices*, aaO. (FN 54), S. 149.

60 Vgl. Iida, Tetsunari, »What is Required for a New Society and Politics: The Potential of Japanese Civil Society« in: *The Asia-Pacific Journal*, vol. 10, Issue 46, No. 1, November 12, 2012.

ministerium die politische Verantwortung geradezu auf den Kopf gestellt habe: Die Regulierten kontrollierten die Regulierer.

Bereits im November 2012 konnte *Tetsunari Iida* feststellen, das »Atomare Dorf« habe sich als standfest erwiesen, während die Politik epochal versage.⁶¹ Es stelle sich vielmehr die Frage: »Ändert sich wirklich nichts – sogar nach einem Unfall dieser Größenordnung?« Der Untersuchungsausschuss des Parlaments habe vielmehr eine Umkehr der politischen Verantwortung bemängelt: Die Kontrollbehörden hätten sich faktisch von den ihnen unterstellten Energieunternehmen abhängig gemacht. Auf diesem Wege seien die Funktionen der Richtungsbestimmung und der Kontrolle des Einsatzes der Nuklearenergie zusammengebrochen. Das Management der Energieunternehmen sei so der Frage nach seiner eigenen Verantwortung ausgewichen und habe diese stattdessen auf die zuständigen Ministerialbeamten verlagert. So habe der Regierungsapparat schließlich die Führung der Energiepolitik an TEPCO abgetreten. Durch die Parole von der Abschaffung der Atomkraft (*zero nuclear power*) sind letztlich – nach Anzeichen einer vorübergehenden Panik – die Gegendkräfte des »Atomaren Dorfes« mobilisiert worden.

Schon vor Fukushima waren die *vested interests* in der Energiepolitik mächtiger gewesen als die Vereinbarungen des Kyoto-Protokolls.⁶² Folglich sind die politischen Entscheidungsstrukturen der LDP-geführten Regierungen wieder zu den alten Macht- und Einflusskanälen zurückgekehrt, wie sie schon vor mehr als vier Jahrzehnten beschrieben worden sind:⁶³ Die einschlägigen energiepolitischen Machtzirkel der Regierungspartei lehnen sich an die *Federation of Electric Power Companies (Denjiren)* und den führenden Wirtschaftsverband *Keidanren* an, dessen Vorsitzender oder Stellvertretender Vorsitzender regelmäßig ein Vertreter der Energieindustrie ist. Mit anderen Worten: Bis zur erwünschten Konzentration auf erneuerbare Energien ist es noch ein weiter Weg.

Die japanische Regierung hat ihre Weigerung, dauerhaft aus der Atomkraft auszustiegen, damit begründet, dass Japan ein Inselstaat sei, Stromimporte aus Nachbarländern sehr schwierig und fossile Brennstoffe für fast neun Zehntel der Stromversorgung verantwortlich seien.⁶⁴ Demensprechend hat die gegenwärtige Regierung den von ihrer Vorgängerin proklamierten Atomausstieg wieder rückgängig gemacht: Die Atomkraft bleibe – auch wegen erheblicher Preisvorteile – eine »wichtige Quelle« der Energieversorgung.⁶⁵ Inzwischen stolpert die Sanierung des Atomkraftwerkes Fukushima von einer Krise zur nächsten und vermittelt so das Bild eines »Chaos mit System«.⁶⁶ Dieses stärkt wiederum die Anti-AKW-Bewegung: 76% der Befragten äußern bei Repräsentativumfragen, die Situation in Fukushima sei nicht unter Kontrolle.⁶⁷ Doch ist die Ein-

61 Vgl. Iida Tetsunari, *What is Required ...*, aaO. (FN 60).

62 Vgl. Andrew DeWit/Iida Tetsunari, »The ›Power Elite‹ and Environmental-Energy Policy in Japan« in: *The Asia-Pacific Journal*, vol. 9, Issue 4, January 24, 2011.

63 Vgl. Paul Kevenhörster, *Wirtschaft und Politik in Japan*, aaO. (FN 10), S. 105 ff.

64 Interview der FAZ mit Premierminister Shinzo Abe, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 29. April 2014, S. 5.

65 FAZ, 12. 4. 2014, S. 2.

66 Felix Lill, »Chaos mit System« in: *Die ZEIT*, 28. November 2013, S. 37.

67 Asahi Shimbun, 7. Oktober 2013.

stellung der japanischen Öffentlichkeit zur Kernkraft weit widersprüchlicher, als Demonstrationen gegen die Atomenergie erkennen lassen.⁶⁸

Vier Jahre nach der Dreifachkatastrophe von Fukushima bietet die Energiewende insgesamt ein widersprüchliches Bild, wie sich an der Reaktivierung der Atomkraftwerke verdeutlichen lässt. Einerseits haben zwei Reaktoren des Herstellers *Kyushu Electric Power* in der Präfektur Kagoshima die für die Wiederezulassung erforderlichen Tests bestanden. In der Präfektur Fukui stellt sich das Management von *Kansai Electric Power* auf diese Sicherheitsprüfungen ein, um die Reaktoren Nr. 3 und Nr. 4 noch im Jahre 2015 an das Netz anzuschließen.⁶⁹ Das soll durch zusätzliche Vorkehrungen des Sicherheitschutzes gegen sehr starke Erdbeben und Tsunamis geschehen. Es wird nicht einfach sein, dafür – und für die Endlagerung – die Zustimmung der Bevölkerung zu gewinnen. Einzelne Regionalpolitiker wie der Gouverneur von Niigata *Hirohiko Izumida* widersetzen sich außerdem dem Neustart der Atomkraftwerke massiv und kritisieren die Kraftwerksbetreiber.⁷⁰

Die Energiewende bleibt daher in Japan noch schwerer umzusetzen als in Deutschland. Nur in deutlich geringerem Tempo und zudem in kleinerem Umfang kann es der Regierung gelingen, die Kernenergie durch Solarenergie und Windenergie zu ersetzen. Beide Länder verfügen zwar über leistungsfähige Technologien der Versorgung mit erneuerbaren Energien.⁷¹ Doch wird der Umbau der Energieversorgung in Japan deutlich schwerer fallen – wenn er denn überhaupt politisch erwünscht ist. Vordringlich ist die Errichtung eines neuen, dezentralen und vernetzten Stromsystems mit niedrigen Systemkosten. Ohne größere Stromausfälle hinnehmen zu müssen, verzichtet Japan seit mehr als einem Jahr auf Atomkraftwerke – ein einzigartiges Experiment.⁷² Dennoch geht die Regierung keine wirkliche Energiewende an, sondern plant die Rückkehr zur Atomkraft. Deutschland, das sich über viele Jahre auf eine Zeit ohne Atomkraft einstellt, kann vielleicht von Japan beim Energiesparen lernen; Japan dagegen von Deutschland beim Ausbau der Ökoenergie, etwa durch stärkere Förderung der Solarenergie und der Offshore-Windenergie. Einstweilen wird in Japan die Leistung des größten Teils der abgeschalteten Atomkraftwerke durch Importe von Gas, Öl und Kohle ersetzt. Die Folgen für den Klimaschutz sind absehbar. Mit anderen Worten: Die Energiewende findet nicht

68 Vgl. Manfred Pohl, »Japanische Innenpolitik 2012/2013« in: David Chiavacci/Iris Wiczorek (Hg.), *Japan 2013. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft*, Berlin 2013, S. 64 f.

69 Vgl. »2 Fukui reactors to receive safety clearance« in: *Nikkei Asian Review*, December 12, 2014 (asia.nikkei.com/print/article/64985), abger. am 21.12.2014.

70 Vgl. »Niigata governor scolds TEPCO president, rejects reactor restarts, January 07, 2015« (ajw.asahi.com/article/0311%20disaster/fukushima/AJ0201501070051), abger. am 7.1.2015.

71 Vgl. Rainer Baake, »Saubere Wende« in: *DIE ZEIT*, 11. Dezember 2014, S. 8.

72 Vgl. Benjamin von Brackel, »Japan: Chance für Energiewende verpasst« in: *Klimawetter-Info*, 15. September 2014 (<http://www.klimawetter.info/energie/hintergrund/17177-japan-chance>), abger. am 28.3.2015.

statt. Es mangelt der Energiepolitik trotz breiter Medienresonanz an Transparenz und Dialog.⁷³ Nur dadurch ließen sich bestehende Blockaden im Atomdiskurs aufbrechen.

Die Ausgangshypothesen können somit für eine kritische Bilanz und einen skeptischen Ausblick genutzt werden: Gewichtiger als die Steuerungskapazität der Regierung sind die eingespielten Routinen der Kooperation mit der Nuklearindustrie. Parlamentarische Arrangements, die der Innovationskraft einer wirklichen Energiewende Nachschub verleihen können, sind einstweilen nicht zu erkennen. Das »Atomare Dorf« als mächtigster Vetospieler der Energiepolitik wird auf absehbare Zeit jede weitreichende Innovation zugunsten erneuerbarer Energien und zu Lasten der Nuklearenergie verhindern.

Zusammenfassung

Die Katastrophe von Fukushima zwingt die politischen Akteure in Japan, sich von einem alten, weit verbreiteten Sicherheitsmythos zu verabschieden. Einer grundsätzlichen Neubestimmung und Neubewertung des Kurses der Energiepolitik steht auch künftig das »Atomare Dorf« im Wege, das in den letzten Jahren seine Macht wieder festigen konnte: Energieunternehmen, Verwaltung, Verbände, Gebietskörperschaften und die Atomlobby in Regierung und Opposition. Die öffentliche Debatte um die Langfristperspektiven der Energiepolitik ist daher in sich widersprüchlich und mehrdeutig. Regierung und Parlamentsmehrheit aber weichen ihrem Führungsauftrag aus. Die proklamierte Energiewende verdient diesen Namen nicht und gleicht eher einem »Chaos mit System«.

Summary

The Fukushima-catastrophe reveals a deeply rooted crisis of political decision making in Japan. Traditional patterns of energy policy are not more accepted by voters, media and citizen groups. A fundamental revision of energy policy, however, has not been applied by the leading decision makers of the Liberaldemocratic Party and the Democratic Party of Japan. Instead they stick to traditional patterns of a widespread use of nuclear energy by proposing and implementing the reactivation of nuclear reactors. The traditional power of the »Atomic Village« thus remains mainly unopposed. The persisting power structure proves to remain a permanent barrier against a fundamentally innovative energy policy which could combine energy saving, environmental protection and risk minimizing energy consumption.

Paul Kevenhörster, Energy policy in Japan – the prevailing interests and the »Atomic Village«

73 Vgl. Johannes Lambertz/Wolfgang Steiger, »Wirtschaftlicher Sachverstand statt Planwirtschaft: Programm für eine realistische Energiewende« in: *Energiewirtschaftliche Tagesfragen*, 61. Jg. (2011), Heft 9, S. 33–35.